

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/1743)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 23.10.2009

**Aufarbeitung der DDR-Geschichte an niedersächsischen Schulen**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1743

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

## Entschließung

Mit dem Fall der Mauer wurde der Zusammenbruch der DDR, eines international anerkannten Staates auf deutschem Boden, auf den viele Menschen Hoffnungen gesetzt hatten, manifest. Die DDR hatte den Anspruch erhoben, nach der Befreiung Deutschlands von Faschismus und Krieg, eine zur damaligen Bundesrepublik Deutschland alternative Entwicklung mit einer Wirtschaftsordnung einzuleiten, die nicht auf dem Prinzip der Profitmaximierung als Leitmotiv wirtschaftlicher Entscheidungen beruhte. Dieser Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft ist gescheitert, weil er die Wirtschaft administrativ zu regulieren versuchte und in Staat und Gesellschaft grundlegende Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten verletzt hatte. Der Bau der Mauer und ihre Aufrechterhaltung über Jahrzehnte waren Ausdruck dieses Prozesses und der irrigen Auffassung, man könnte und dürfte mit der Begründung langfristiger gesellschaftspolitischer Zielsetzungen zwangsweise Menschen an der Ausreise aus dem eigenen Staat hindern. Dass das Ende des SED-Regimes ohne gewaltsame Auseinandersetzungen herbeigeführt werden konnte, ist ein historischer Verdienst aller daran beteiligten Akteure, und zwar sowohl der Bürgerrechtsbewegung wie auch der innerparteilichen Opposition in der SED.

Der im Herbst 1989 eingeleitete Prozess, die DDR zu demokratisieren, im Frühjahr 1990 freie Wahlen zu ermöglichen und als souveräner Staat mit der Bundesrepublik in eine Konföderation einzutreten, wurde nicht weitergeführt, weil die Menschen im Osten Deutschlands sich durch die Einführung der D-Mark und einen schnellen Anschluss an die Bundesrepublik eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse erhofft hatten. Die ihnen von westdeutschen Politikern gemachten Versprechungen („blühende Landschaften“ - „niemandem wird es schlechter gehen“) wurden jedoch bitter enttäuscht. Die kurzfristig eingeführte Währungsunion führte für die ostdeutsche Wirtschaft zum sofortigen Zusammenbruch der Absatzmärkte im Osten und zur Zerstörung von zwei Dritteln der industriellen Basis. Die Massenarbeitslosigkeit, die sich in dessen Folge auf dem Gebiet der ehemaligen DDR ausgebreitet hat, hält bis heute an. Auch nach zwanzig Jahren konnte ein sich selbst tragender wirtschaftlicher Aufschwung nicht herbeigeführt werden, auch wenn vereinzelt durchaus erfolgreiche nachholende Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Die Art und Weise, wie der Anschluss der DDR an die Bundesrepublik vollzogen wurde, hat bei vielen Menschen im Osten das Gefühl hinterlassen, dass ihre Lebensleistungen auf dem Gebiet der DDR nicht anerkannt wurden. Die Menschen in der DDR konnten nicht ausreichend ihre Erfahrungen und auch die Erfolge ihrer Arbeit gleichberechtigt in den vereinigten Staat einbringen. Nach zwanzig Jahren in einem einheitlichen Staat kann man deshalb bilanzieren: Besser wäre es gewesen, die beiden deutschen Staaten nach Artikel 146 des Grundgesetzes zu vereinigen, statt die staatliche Einheit in einem überhasteten Prozess nach Artikel 23 des Grundgesetzes herzustellen.

Die Menschen im Westen Deutschlands hatten die Möglichkeit, Demokratie und freiheitliches Bewusstsein zu erleben und zu erlernen. Das garantierte das vor 60 Jahren in Kraft getretene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Die westdeutsche Gesellschaft hatte somit die Möglichkeit, im Laufe der Jahrzehnte ihr Bewusstsein und ihre Ansichten über Freiheit und Demokratie

zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Daher ist es wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche dieser Werte bewusst werden und sensibilisiert werden für Verletzungen dieser Rechte und Werte.

Die Aufarbeitung und Behandlung des Nationalsozialismus ist in der Bundesrepublik über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Erst mit der 68er-Bewegung, die mit Studentenprotesten begann, wurde in Westdeutschland eine Korrektur herbeigeführt. Noch in den siebziger und achtziger Jahren prägte der Kalte Krieg das innenpolitische Leben in Westdeutschland. Die politische Atmosphäre wurde mit Berufsverboten für Anhänger radikal-oppositioneller Richtungen belastet.

Der Abbau sozialer Rechte, der offensichtlich von der neuen Bundesregierung fortgesetzt wird, was z. B. an der geplanten einseitigen Belastung breiter Bevölkerungsschichten an der Pflegeversicherung deutlich wird, wird immer wieder vergleichende Betrachtungen zur untergegangenen DDR hervorbringen. Dies wird keine Regierung vermeiden können, die an der Politik des Sozialabbaus festhält.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

- bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Lehrpläne für die infrage kommenden Fächer (Geschichte, Wirtschaft/Politik, Gemeinschaftskunde, Deutsch, musische Fächer u. a.) darauf zu achten, dass die Strukturierung der Lehrpläne genügend Zeit dafür berücksichtigt, um die Ursachen und Folgen der deutschen Teilung, das politische, wirtschaftliche und soziale System der DDR, das Leben in der DDR, die Oppositionsbewegung und den Widerstand von großen Teilen der Bevölkerung in der DDR und in Osteuropa sowie die Überwindung der Teilung vertieft und auch fächerübergreifend zu behandeln,
- bei einer Weiterentwicklung der betreffenden Lehrpläne dafür Sorge zu tragen, dass im Unterricht neben den chronologischen Abläufen auch künftig eine historische Verdichtung z. B. durch die Herstellung von Gegenwartsbezügen, durch die Beleuchtung des regionalen und lokalen Kontextes und durch exemplarisches Lernen unter Einbeziehung aktueller und historischer Medien möglich und notwendig bleibt,
- Schulen beim Aufbau von Kontakten zu Vertreterinnen und Vertretern der Bürgerrechtsbewegung und den Verfolgten des DDR-Regimes sowie zu Zeitzeuginnen und -zeugen zu unterstützen, die über das Alltagsleben in der DDR berichten und so einen Einblick in die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR geben können,
- Schulen zu empfehlen, die Geschichte der DDR zum Gegenstand von über den Fachunterricht hinausgehenden schulischen Aktivitäten zu machen, insbesondere durch Klassenfahrten zu Gedenkstätten in den neuen Bundesländern bzw. an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Dieses kann gemeinsam mit Schulklassen aus den jeweiligen ostdeutschen Partnerstädten stattfinden, um niedersächsischen sowie ostdeutschen Schülerinnen und Schülern die DDR als Bestandteil der gesamtdeutschen Geschichte nahe zu bringen.
- Diese und gegebenenfalls weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem renommierten Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung im Rahmen der Erstellung eines Gesamtkonzepts auszuarbeiten.

#### Begründung

Die Geschichte Deutschlands zeigt, dass Demokratie, Freiheit, Sozialstaatlichkeit, Friedensorientierung und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit sind. Wer nicht weiß, welche Verhältnisse und welche Handlungsweisen in der Vergangenheit diese Prinzipien eingeschränkt haben, kann daraus nicht für die Gegenwart und für die Zukunft lernen. Die Verantwortung für die weitere Entwicklung unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaats gebietet es, unseren Kindern ein differenziertes Wissen über die Geschichte mit auf den Weg zu geben.

Christa Reichwaldt  
Parlamentarische Geschäftsführerin